***65 Jahre Volksaufstand in der DDR***

*Ansprache Egon Primas MdL, OMV-Bundesvorsitzender,   
bei der Landesversammlung der Union der Vertriebenen und Aussiedler in der CSU   
am 17. Juni 2018 in Regensburg*

*– Es gilt das gesprochene Wort! –*

***Begrüßung und Gratulation***

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Bernd Posselt,

sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Frau Schreyer,

sehr geehrter Herr Bundesbeauftragter, lieber Bernd Fabritius,

sehr geehrte Frau Landesbeauftragte, liebe Frau Stierstorfer,

sehr geehrter Herr Balog,

liebe Freunde der UdV Bayern im OMV-Bundesvorstand,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich sehr, heute hier zu Ihnen sprechen und mit Ihnen diskutieren zu dürfen.

Wie viele von Ihnen sicher wissen, ist der OMV-Bundesvorsitz mit meiner Wahl etwas näher an Bayern gerückt: Ich komme aus Thüringen – bin dort seit vielen Jahren OMV- und BdV-Landesvorsitzender und stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender.

Weil wir in Thüringen lange schon gute Kontakte nach Bayern pflegen, sehe ich viele bekannte Gesichter in Ihren Reihen. Bitte seien Sie nicht böse, wenn ich – zumindest von hier vorne – nicht jeden einzeln begrüße.

Bevor ich mit meiner Ansprache beginne, möchte ich dem gesamten, neu gewählten UdV-Landesvorstand ganz herzlich zu seiner Wahl gratulieren. Ich freue mich insbesondere, dass Du, lieber Bernd Posselt, Landesvorsitzender bleibst. Nun wird es Zeit, dass auch Deine „Zwangspause“ als Europa-Parlamentarier ein Ende hat. 2019 kann das gelingen.

Vertriebenenpolitik war, ist und bleibt Europapolitik! Insofern ist Deine Wiederwahl hier ein wichtiges Steinchen zum Erfolg im nächsten Jahr.

Es ist ein offenes Geheimnis: Du wirst bei unserer diesjährigen, außerplanmäßigen OMV-Bundesversammlung am 16. November in Berlin sprechen – natürlich zum Thema Europa. Dafür bin ich Dir sehr dankbar. Gerade vor ein paar Tagen habe ich außerdem eine positive Rückmeldung von CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer bekommen. Es wird also sicher eine interessante Veranstaltung.

Also: nochmals Gratulation an alle Gewählten. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. Und zwar – jetzt schaue ich mal stellvertretend Bernd Fabritius an – egal, ob im OMV-Bundesvorstand, im BdV-Präsidium oder „grenzüberschreitend“ zwischen der OMV Thüringen und der UdV Bayern.

***65 Jahre Volksaufstand in der DDR***

Der 17. Juni 1953 – genau heute vor 65 Jahren: Er war ein Fanal für Freiheit und Demokratie im immer offensichtlicher werdenden Unrecht des erstarkenden SED-Regimes in der DDR.

Wir alle kennen die Bilder und ihre Symbolkraft. Wir wissen, dass das System nur bestehen konnte, weil es sich auf die Panzer und Bajonette der Roten Armee stützte.

In Europa kein Einzelfall: Ungarn 1956, lieber Herr Balog – Tschechoslowakei 1968… Viele Menschen mussten erfahren, wie Freiheitsbestrebungen hinter dem Eisernen Vorhang behandelt wurden.

Gerade wir in der OMV und der UdV kennen die Bedeutung des 17. Juni. Weil wir Vertriebenenpolitik gestalten – in Organisationen, die von Beginn an für die Einheit Deutschlands und entsprechend der Charta der deutschen Heimatvertriebenen für Europa eintraten.

Der 17. Juni war ein Tag, der wie kein zweiter die Zerrissenheit unseres Landes in dieser Zeit zutage förderte: Da brach sich Freiheitsliebe Bahn – im Kampf gegen immer stärker werdende Repressionen durch das SED-Regime. Und wurde mit noch größeren Repressionen beantwortet.

Da demaskierte sich ein System, das vorgab, im Namen und zum Vorteil der Arbeiterklasse zu regieren. Dabei lebte es davon, dass genau diese Menschen den Rücken krumm machen mussten.

Gleichzeitig befeuerten die Ereignisse am 17. Juni den Traum von der Einheit Deutschlands. Den Traum, die Fesseln des Unrechts abzulegen. Im Stillen bei den Unterdrückten – lautstark und deutlich dort, wo die Freiheit schon Fuß gefasst hatte.

Welche Spaltung zwischen den beiden Staaten in Deutschland, aber auch zwischen den Menschen in der DDR und dem System sich damals manifestierte, zeigt ein Blick auf Äußerungen von prominenten CDU-Politikern dieser Zeit.

So sprach Jakob Kaiser – damals Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und früherer Vorsitzender der CDU in der SBZ – am 23. Juni 1953 bei einer Trauerkundgebung für die Opfer des 17. Juni.

Er bezeichnete die Ereignisse als

*(Zitat)*

„… Aufstand des Menschen gegen ein Diktatsystem ohne Menschlichkeit… Dass dieser Aufstand erfolgte trotz Waffenlosigkeit auf der einen und trotz Panzer und Maschinengewehre auf der anderen Seite, zeugt für die abgrundtiefe Abneigung gegen das aufgezwungene System.“

*(Zitat Ende)*

Auf der anderen Seite der Zonengrenze äußerte sich etwa Gerald Götting, damaliger CDU-Generalsekretär in der DDR und späterer Parteivorsitzender bis zum Mauerfall.

Er sagte:

*(Zitat)*

„Die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Berlin wurde von bezahlten Burschen aus Westberlin ausgenutzt, die mit Fahrrädern und Maureranzügen ausgestattet waren und diese Demonstrationen zum willkommenen Anlass nahmen, um zu rauben und zu zerstören.“

*(Zitat Ende)*

Ich will das gar nicht weiter einordnen.

Über die Geschehnisse in Berlin und vielen anderen Städten in der DDR wissen wir gut bescheid. Und selbst wenn wir es nicht wüssten: Wir müssen dieser Tage nur den Fernseher anschalten und die Zeitungen aufschlagen, um zu erfahren, was damals geschah.

***Maifest in Obergebra***

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Ihnen daher eine Geschichte erzählen, in der sich das damalige Unrecht für mich ganz persönlich besonders widerspiegelt – und die mein Denken und mein politisches Wirken daher sehr geprägt hat.

Der 17. Juni 1953 war ein erster Höhepunkt in einer Entwicklung, die schon vorher begann. Ab etwa 1952 ging die SED daran, ihre Idee von Sozialismus durchzusetzen. Dabei gab es überall Opfer: Es traf Gewerbetreibende, es traf Landwirte, es traf die Jungen Gemeinden und die Kirchen. Es traf die Landkreise und Länder, es traf die Gewaltenteilung und den Rechtstaat. Es traf die Blockparteien, die den letzten Rest an Eigenständigkeit verloren.

Denken Sie an das Gerald-Götting-Zitat! Das war die CDU in der DDR!

Und es traf den einzelnen Menschen, wo er es nicht vermutete.

1952 wurde in meiner Heimatstadt Obergebra, Kreis Nordhausen, – wie vielerorts – in den 1. Mai hineingefeiert. Im Wirtshaus wurde getrunken und offen diskutiert, ja sogar über unterschiedliche politische Ansichten gestritten. Man wähnte sich weit weg von Berlin.

Da fiel auf einmal ein örtlicher SED-Funktionär um und war tot. Er hatte besonders intensiv mit zwei jungen CDU-Mitgliedern diskutiert – und vielleicht deshalb einen Herzinfarkt erlitten. Niemand hatte ihn angerührt. Es gab Zeugen.

Dennoch wurden die beiden jungen Menschen als Sündenböcke festgenommen. Noch im Mai wurde ihnen der Prozess gemacht. Sie wurden zum Tode verurteilt und am 6. September 1952 mit der Guillotine hingerichtet. Ihre Überreste wurden verbrannt – die Urnen auf einem Massengrab in Dresden verscharrt.

Damit nicht genug: Der CDU-Ortsverband Gebra wurde vom bereits erwähnten CDU-Generalsekretär Gerald Götting aufgelöst und Aktivitäten der CDU verboten. Das war der spezielle Sozialismus im Sinne der SED – und der Blockflöten-Opportunismus der anderen Parteien.

Diese Geschichte prägte das Verhältnis meiner Familie zum DDR-Regime maßgeblich. Diese Geschichte und die Tatsache, dass wir 1967 nicht zur Beisetzung meiner Großmutter nach Düsseldorf reisen durften. Sie wurde von Fremden in die Erde gesenkt. Auch diese Unmenschlichkeit haben wir nie vergessen.

Gerade deshalb kam für mich auch als junger Mensch die SED als Partei nie in Frage. Es musste die Union sein! Nur von CDU/CSU wurde jenseits der Grenze in der Bundesrepublik der Glaube an die deutsche Einheit noch immer hochgehalten.

Sie werden sich vielleicht fragen, wie diese Überzeugung mit der Blockpartei CDU in der DDR vereinbar war, deren Generalsekretär ich eben noch kritisiert habe. Ich will es mal so sagen: Als es mir 1981 nach langen Auseinandersetzungen gelang, den fast 30 Jahre verbotenen CDU-Ortsverband wiederzugründen, empfand ich das als kleinen persönlichen Sieg über die herrschende Willkür.

Das Erbe der beiden jungen, vom System ermordeten Menschen blieb mir ein wichtiger Auftrag: Schon 1990 habe ich mich dafür engagiert, dass auf dem Friedhof in Obergebra ein Gedenkstein eingeweiht wurde, auf dem steht: „Unschuldig hingerichtet“. 1991 haben wir die Bergung der Urnen aus dem Massengrab arrangieren und zur feierlichen Beisetzung auf unserem Friedhof überführen können.

Das „Heldendenkmal“ für den 1952 verstorbenen SED-Funktionär wurde bald nach der Wende entfernt.

***SED-Unrecht nie vergessen***

Meine Damen und Herren, ich erinnere auch daran, dass schon 1952 ganz massiv die Grenzbesiedlung aufgelöst wurde – um die innerdeutsche Grenze „zu sichern“. Wohl eher um Menschen von der Freiheit fernzuhalten!

Und wissen Sie, wie man die Operation damals codierte? Mit „Aktion Ungeziefer“! Ein Deckname der dem Wörterbuch des Unmenschen entnommen ist!

Auch dieser Heimatraub war ein Verbrechen, das nicht gesühnt und dessen Wunden noch immer nicht verheilt sind.

Genau wie Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg darf auch das damalige Unrecht des SED-DDR-Regimes in seiner ganzen Breite niemals in Vergessenheit geraten! Und es muss auch entschädigt werden, solange noch Opfer am Leben sind. Das liegt auch in unserer Verantwortung.

Ebenso wollen wir aber nicht vergessen, was ich eingangs schon kurz erwähnt habe und was bislang viel zu selten öffentlich gewürdigt wird: Es waren besonders die Unionsparteien und die Vertriebenen, die – gerade nach den Ereignissen des 17. Juni – für die Einheit Deutschlands eintraten und in diesem Einsatz auch nicht nachließen.

Bundespräsident Heinrich Lübke erklärte 1963 den 17. Juni als „Tag der Deutschen Einheit“ zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“. Das gab unzähligen Menschen Hoffnung, die unterdessen in der DDR eingemauert worden waren!

Als die SPD die DDR-Staatsbürgerschaft voll anerkennen wollte, waren es die Vertriebenen und die Unionsparteien, die dagegen Sturm liefen.

Als die SPD die Zentrale Erfassungsstelle für Verbrechen im SED-Staat in Salzgitter – ein besonderer Dorn im Auge des DDR-Regimes – abschaffen wollte, waren es CDU und CSU gemeinsam mit den Vertriebenen, die dies verhindern konnten.

Als die SPD-Führung noch im Herbst 1989 jeden Gedanken an eine deutsche Einheit kategorisch ablehnte, war es CDU- Bundeskanzler Helmut Kohl, der die historische Chance erkannte und sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale warf, um ein freiheitlich-demokratisches Deutschland zu schaffen.

Wir, die wir hinter der innerdeutschen Grenze die Hoffnung auf Freiheit nährten, wussten immer, dass wir Partner hatten, auf die wir zählen konnten.

Die Unionsparteien, OMV/UdV und die Vertriebenen glaubten stets an die deutsche Einheit. Und sie behielten Recht!

Der 17. Juni mahnt, der Opfer zu gedenken, die der Kampf um Freiheit und Demokratie gefordert hat. Der 17. Juni und die untrennbar mit diesem Datum verbundene jüngere deutsche Geschichte zeigen aber auch, dass es sich lohnt, an die Freiheit zu glauben, dafür einzustehen und Unrecht in jeder Form zu bekämpfen. Darum muss das Wissen um den Volksaufstand lebendig bleiben.

Vielen Dank.